

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nees'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenbürg.

Nr. 19

Dienstag den 24. Januar 1933

91. Jahrgang

Die innerpolitische Situation

u. Schleicher beim Reichspräsidenten — Am den Staatsnotstand

W. Berlin, 23. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag Reichkanzler v. Schleicher zum Vortrag über die politische Lage und den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Berlin, 23. Jan. (Eig. Meld.) In den heutigen Berliner Abendblättern ist das große Rätselraten der vorigen Woche über die innerpolitische Entwicklung fortgesetzt worden. Es wird über alle möglichen Besprechungen berichtet, die stattgefunden haben sollen. Sicher ist aber nur, daß wie heute mittag auch halbamtlich bekanntgegeben wurde, Reichkanzler v. Schleicher den Reichspräsidenten über die politische Lage und den Stand der Arbeitsbeschaffung Bericht erstattet hat. Alles andere ist Gerücht und zum Teil unfotografierbares Gerücht, jedoch man gut tut, alle diese Dinge mit großer Reserve aufzunehmen. Die eigentlichen Verhandlungen, die die Möglichkeit einer arbeitsfähigen parlamentarischen Arbeitsbeschaffung feststellen sollen, sind immer noch keineswegs voll im Gange. Vielmehr hat bisher nur eine unverbindliche Unterhaltung zwischen dem Zentrumsgesandten Dr. Well und dem Nationalsozialisten Dr. Fick stattgefunden, ohne daß aber irgendwelche Ergebnisse dieses Gesprächs bereits zu erkennen wären. Im Zentrum geht das Bestreben offenbar dahin, den Gedanken des Staatsnotstandes auszuscheiden, von dem in den nächsten Tagen und heute abend 3. B. auch wieder im Leitartikel der „D. N. Z.“ viel die Rede ist. In den Abendblättern wird auch von einer Unterredung Hitlers mit Strasser gesprochen, die angeblich erst in Berlin stattfinden sollte und nun für München vorgesehen sein soll. In gut unterrichteten nationalsozialistischen Kreisen wird dieses Gerücht aber nicht sehr ernst genommen. So bleibt eigentlich nur übrig, daß das Ge-

rüchtespiel, das in den letzten Wochen in der Presse vorberichtet, sich fortsetzt, und nach Ansicht ruhiger denkender politischer Kreise dieses ganze Durcheinander von Gesprächen, Unterhaltungen und Möglichkeiten nicht allzu ernst zu nehmen ist. Irrendwelsche Entscheidungen, oder die Annahme von Entscheidungen, sind nicht vor der zweiten Hälfte dieser Woche zu erwarten.

Schleicher gegen Aufmärsche

Berlin, 23. Jan. Die Stellungnahme des Reichkanzlers v. Schleicher zu der nationalsozialistischen Sonntagsdemonstration ist Gegenstand eingehender Erörterungen in der Öffentlichkeit und es wird jetzt amtlich mitgeteilt, daß der Reichkanzler grundsätzlich der Auffassung sei, daß Aufmärsche der verschiedenen politischen Richtungen überhaupt unzweckmäßig sei. Nachdem aber die Kommunisten mit Drohungen hervorgetreten seien, habe er es für richtig gehalten, nicht nachzugeben, sondern durch vollzogene Maßnahmen Sicherheit dafür zu schaffen, daß keine Unruhen entstehen können.

Fraktionsführung der Deutschnationalen

Berlin, 23. Jan. (Eig. Meld.) In der heutigen Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion legte der Parteiführer Dr. Jungenberg nach einer Mitteilung der deutschnationalen Pressestelle in eingehenden Ausführungen seine Auffassung von der politischen Lage dar. Nach seiner von der Fraktion mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Rede kam aus der Fraktion heraus die wachsende Verzweiflung im Lande fast zum Ausdruck.

In einer Sitzung am Dienstag wird sich die Fraktion insbesondere mit der wirtschaftlichen, vor allem den agrarpolitischen und mittelländischen Fragen beschäftigen.

Der Krieg im Dunkeln

S. Berlin, den 23. Januar 1933.

Immer wieder kommen Tatsachen an das Licht der Öffentlichkeit, denen gegenüber wir mit Verwunderung und Empörung feststellen müssen, in welcher gehässiger Weise in Einzelfragen der geheime Krieg fortgesetzt wird, dessen Ziel es ist, Deutschland mit den Mitteln des Versailler Vertrages zu demütigen und in neue Abhängigkeit zu bringen.

Jetzt hat die deutsche Delegation in der gemischten Kommission für die Oder die Pflicht an die Öffentlichkeit anzufragen, nachdem sie in einem dreizehnjährigen Kampf um die Oderalte an einem Punkte angelangt ist, wo Deutschland wieder einmal ein energisches Nein sprechen muß. Es könnte etwas an den Haaren herbeigezogen erscheinen, wenn der Kampf um die Oderalte so in den Mittelpunkt außenpolitischer Gegenstände gerückt wird, da uns gewiß andere außenpolitische Sorgen schärfer auf den Nägeln brennen. Aber die deutsche Öffentlichkeit kann an dieser Frage nicht vorübergehen, weil sich an ihr wieder einmal besonders deutlich erweist, wie sehr die Fesseln des Versailler Vertrages immer noch die deutsche Souveränität einengen und wie sehr man auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Verkehrs die schärfsten Bestimmungen dieses Schandvertrages gegen uns auszuwerten bemüht ist.

Es war schon ein starkes Stück, daß man zur Erledigung aller die Oder betreffenden Fragen eine internationale Kommission einsetzte, zu der außer Deutschland und Polen die Tschechei, Frankreich, England, Schweden und Dänemark delegierte zu entsenden hatten. Die Oder gehört gar nicht in dem Sinne wie der Rhein und die Donau zu den internationalen Strömen. Sie ist nur auf deutschem Boden schiffbar. Das Städtchen Oder, das durch die Tschechoslowakei fließt, ist höchstens mit Paddelbooten befahrbar. Wenn man schon eine zwischenstaatliche Regelung für notwendig behielt, so kam höchstens die Oderaltede unterhalb der Wartemburg in Frage, und dann hätte selbstverständlich das Gebiet der Warthe und der Neze bis zu den Endpunkten des Schiffverkehrs ohne weiteres einbezogen werden müssen. Daß man von vornherein nur eine Regelung gegen Deutschland im Auge hatte, ergab sich schon daraus, daß die Polen die Einbeziehung der Warthe und der Neze ablehnten. Hier mußte erst ein Urteil des Haager Gerichts erwirkt werden, das unseren berechtigten Forderungen auch nur zum Teil Rechnung trägt. Immerhin hat man sich dann entschlossen, eine Oderalte fertigzustellen, die nun nach 13 Jahren endlich zustande gekommen ist. Während nun die übrigen Mitglieder der gemischten Kommission zur Unterzeichnung drängen, sieht sich Deutschland gezwungen, abzulehnen. Ohne Frage wird hier ein Konfliktfall im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag geschaffen. Aber wenn man die Gründe der Delegation hört, so kann kein Zweifel sein, daß die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands ihre Haltung billigen muß. Diese Oderalte würde in entscheidenden Punkten von dem üblichen Schema der Stromalten ab, und zwar überall in einer Weise, die den Willen zu einer bewußten Demütigung Deutschlands erkennen läßt. Die Regelung der Polizeihohheit auf einem Strom, der — wie gesagt — nur in Deutschland schiffbar ist, will die internationale Kommission an sich reichen und sie den deutschen Behörden erreichen. In der gleichen Weise soll das deutsche Selbstbestimmungsrecht in der Frage der Abgaben beschnitten werden. Das sind Eingriffe in die Souveränität, die sich ein selbstbewußter Staat unter keinen Umständen gefallen lassen darf. Ein Hohheit ist es auch, wenn in einer Abmachung über einen rein deutschen Strom der französische Text in Streitfällen allein maßgebend sein soll. Auf der anderen Seite wollen sich die Tschechen und die Polen, die letzteren entgegen den allgemein gültigen Schlußbestimmungen, bei der Zollregelung Sonderprivilegien sichern.

Ganz abgesehen von den materiellen Nachteilen, die beispielsweise in einer empfindlichen Störung des einseitigen Abgabewesens auf den deutschen Strömen sich auswirken müßten, ist der deutsche Widerstand gegen die deutsche Unterzeichnung genügend damit begründet, daß auf der anderen Seite eine vertragliche Abmachung über rein verkehrstechnische Fragen zu einem politischen Instrument der Schwänze und der Demütigung gegen Deutschland gemacht werden sollte. Und das acht Jahre nach Locarno! Wir können gelassen abwarten, welche Folgen sich aus der deutschen Weigerung ergeben werden. Zunächst einmal kam es darauf an, diejenigen Herrschaften in verschiedenen internationalen Kommissionen, die es noch nicht gemerkt haben, mit der Nase darauf zu klopfen, daß die Zeiten längst vorbei sind, wo wir uns alles gefallen lassen mußten.

Was heißt die Arbeitslosigkeit?

Die Unterstützung der vom Internationalen Arbeitsamt in der ganzen Welt auf etwa 30 Millionen bezifferten Arbeitslosen erfordert ungeheure Aufwendungen. In Deutschland ist der Gesamtanfang der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitslosen im Jahre 1928 auf 273 Millionen Mark im Jahre 1931 gestiegen. Bei einem geschätzten Gesamtlohnsummen von 33 Milliarden Mark belaufen sich also in Deutschland die Kosten der Arbeitslosigkeit auf rund 9 Prozent der Gesamtlohnsumme. In England haben sich die Kosten der Arbeitslosenversicherung gegen Arbeitslosigkeit von 515 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1924/25 auf schätzungsweise 130 Millionen Pfund Sterling für das Jahr 1932/33 erhöht. Dies entspricht etwa 7,5 Prozent der Gesamtlohnsumme. Nach einer Schätzung des Internationalen Arbeitsamtes betrug der jährliche Lohnausfall von etwa 24 Millionen Vollerwerblosen in 20 Staaten 84 Millionen Mark.

Die Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz

W. Genf, 23. Jan. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat heute seine Arbeiten unter dem Vorsitz Hendersons wieder aufgenommen. Als deutscher Vertreter nahm Votschalter Radolny mit einigen Beratern an der Sitzung teil. Eine längere lebhafte Debatte entwickelte sich über die Frage der Immunität solcher Personen, die der Abrüstungskonferenz Mitteilungen über angebliche oder tatsächliche Verstöße ihrer Regierungen gegen die Bestimmungen der Abrüstungskonvention machen würden. In eingehenden juristischen Beratungen ist seinerzeit von einem Ausschuss festgelegt worden, daß es unmöglich sei, dieser Frage eine juristisch einwandfreie Form zu geben.

Der tschechoslowakische Außenminister Beneš legte sich sehr entschieden für einen „Landesverräter-Paragrafen“ ein. Er bewies dabei die Geschwadslosigkeit, die Beschwerden der Minderheitsvertreter mit den Anzeigen und Denunziationen meist fragwürdiger Personen auf dieselbe Stufe zu setzen. Er verteidigt sich sogar zu der Behauptung, daß das Verhalten solcher Personen moralisch höher zu werten sei als die Klage der Minderheitsvertreter. Votschalter Radolny trat Beneš scharf entgegen und wies ihn darauf hin, daß hier doch ein grundsätzlicher Unterschied schon darin liege, daß die Minderheitsvertreter in ihren Beschwerden nur die Rechte fordern, die ihnen freilich in internationalen Minderheitsverträgen verbrieft worden sind. Er sprach sich dafür aus, bei der Ausarbeitung der Frage zu bleiben.

Schließlich wurde beschlossen, daß der Berichterstatter des Ausschusses Bourquin (Belgien) mit dem Vizepräsidenten Politis nochmals versuchen soll, eine juristische Regelung der Frage zu finden. Man ist im Büro der Abrüstungskonferenz weitgehend der Meinung, daß eine solche Formel nicht gefunden werden kann. Eine Regelung dieser Frage im Sinne der Forderungen Benešs wäre nach deutscher Auffassung eine Prämie auf Landesverrat. Aus der heutigen Sitzung ist noch zu erwähnen, daß der Präsident die deutsche Delegation aufforderte, zu den Ausschussberatungen wieder ihre Vertretungen zu ernennen. Henderson betonte, daß die Arbeiten der Konferenz materiell bis Oktober abgeschlossen werden können und daß nach der Oberstufe der Konventionen fertiggestellt und angenommen werden kann, mit dem die erste Phase der Abrüstungskonferenz abgeschlossen werden soll. In weiten Kreisen der Abrüstungskonferenz wird dieser Optimismus als verfrüht bezeichnet.

Kommunistische Ausschreitungen in Augsburg

40 Festnahmen

W. Augsburg, 23. Jan. In der Bertach-Vorstadt versammelten sich am Sonntag trotz des Umzugsverbotes Kommunisten, die durch die Straßen zogen. Als den Demonstranten Polizei entgegentrat, die die Menge mit Gummiknüppeln zerstreuen wollte, kam es zu Angriffen auf die Polizei, sodaß das Überfallkommando alarmiert werden mußte, das die Demonstranten auseinandertrieb. Später sammelten sich immer wieder kleinere Trupps an. Erst in der Nacht konnte die Ruhe vollständig wiederhergestellt werden. 40 Personen wurden festgenommen.

Drei Todesopfer der Kölner Unruhen

W. Köln, 23. Jan. Bei den gestrigen kommunistischen Demonstrationen wurden im ganzen 8 Teilnehmer verletzt. Drei von ihnen sind ihren schweren Verletzungen erlegen.

Bei den Toten handelt es sich erstens um einen 20 Jahre alten Schüler, der durch einen Bauchschuß getötet wurde. Er war Lederreißer und lebte bei seinen Eltern in Köln. Der zweite durch einen Lungenschuß tödlich Verletzte ist ein 30-jähriger Schuhmacher. Beide hatten sich bei einem kommunistischen Demonstrationsszug, der von der Polizei aufgebrochen werden mußte, als Rädelsführer betätigt. Der dritte Tote, ein 27 Jahre alter Arbeiter, hatte Polizeibeamte tödlich angegriffen.

Jungbo-Landnehmer demonstrieren in Essen

Essen, 23. Jan. (Eig. Meld.) In Essen versammelten sich heute nachmittags die Obleute der Westdeutschen Landnehmergruppen im Jungbo im Hotel Vereinshaus, um gegen eine Verzögerung der Offiedlung zu protestieren. Als der zweite Redner das Wort ergriff, wurde er gleich zu Beginn aus der Mitte der Versammlung unterbrochen mit den Worten: Wir haben genug von den Reden! Macht Schluß! Wir wollen zur Offiedlungsstelle marschieren! Der Redner brach ab und die Delegierten, etwa 900 Mann, formierten sich zu einem Zug und marschierten zur Beratungsstelle für die Offiedlung. Eine Abordnung der Demonstranten übernahm die Forderungen der Landnehmergruppen zur Weiterleitung nach Berlin. Sie präsentierten dem Verlangen nach sofortiger energischer Inangriffnahme der Offiedlung.

Erwerbslosensturm auf das Marburger Rathaus

W. Marburg a. d. Lahn, 23. Jan. Nach einer Versammlung der Wohlfahrtsvereinsämtern am letzten Samstag kam es zu schweren Ausschreitungen. Diejenigen Wohlfahrtsvereinsämtern, die seit längerer Zeit die Pflichtarbeit verweigert hatten und denen infolgedessen bei der letzten Unterstützungsauszahlung ein Betrag von 3 RM abgezogen worden war, begaben sich unmittelbar nach der Versammlung im Sturm auf das Rathaus und drangen in großer Zahl ein, um die Auszahlung der 3 RM zu erzwingen. Da die Ruhe und Ordnung im Rathaus fast gefährdet war, wurde die Polizei eingesetzt, die unter Anwendung des Gummiknüppels das Rathaus räumen mußte.

Angriff auf eine Kohlenzeche

Damm, 23. Jan. Die Polizei gibt erst jetzt einen Bericht aus über einen Überfall von etwa 100 Erwerbslosen auf die Schachtanlage Franz der Zeche der Wendel in Hamm. Die Menge brach gewaltsam das Tor auf, trat die Umzäunung nieder und wollte dann die vor dem Zechengebäude stehenden Kohlenwagen leerren. Zwei Wächter schossen Tränengaspatronen in die Menge, worauf die Eindringlinge ungefähr 30 scharfe Schüsse auf die Wächter abgaben, die das Feuer erwiderten. Bevor das Überfallkommando erlosch, waren die Angreifer entflohen. Ob Verletzte zu verzeichnen sind, ließ sich noch nicht feststellen.

London, 23. Januar. Der Zustand des bekannten Schriftstellers Galsworthy, der in seinem Heim in Hamstead bei London schwer krank darniederliegt, ist zu den ersten Befürchtungen Anlass. Der Kranke fühlt sich heute schwächer denn je.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über dem Raum 20 Rpf., Kollisionszeile 30 Rpf., Kollettsanzeigen 100 Progs. Zuschlag. Offerte und Aufnahmeverteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmevertrages einfließt wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Aufhebungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für tiefen Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.



